

377. Kultusministerkonferenz am 10./11. März 2022 in Lübeck

Beschluss

„Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen“

Lübecker Erklärung zum Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen

Die in Deutschland für Bildung und Wissenschaft zuständigen Ministerinnen und Minister von Bund und Ländern verurteilen den massiven Bruch des Völkerrechts durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die Opfer dieser Invasion sind die Menschen, die getötet, verletzt oder vertrieben werden. Ihnen gilt unsere Solidarität. Russland greift mit diesem Kriegsakt, der mit einer breit angelegten Desinformationskampagne einhergeht, auch die Grundlagen für Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Ukraine und im eigenen Land an.

Die Wissenschaftsseite der Kultusministerkonferenz erklärt:

Wir sind voller Solidarität mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden in und aus der Ukraine. Ihnen bauen wir eine Wissenschaftsbrücke nach Deutschland.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Wissenschaftsministerien der Länder und die Allianz der Wissenschaftsorganisationen streben an, dafür eine zentrale Kontaktstelle für Studierende sowie für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen, über die Informationen zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Ländern, Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen, Studierendenwerken und Stiftungen gebündelt und zugänglich gemacht werden. Die Administration der Plattform erfolgt über den Deutschen Akademischen Austauschdienst.

Unser Ziel ist es, möglichst vielen Personen zu ermöglichen, ihre wissenschaftliche Arbeit bzw. ihr Studium an deutschen Hochschulen oder Forschungseinrichtungen in Sicherheit fortzusetzen.

Auch die medizinische Infrastruktur in der Ukraine ist das Ziel der russischen Zerstörung und eine reguläre Krankenversorgung nicht mehr sichergestellt. Wir begrüßen die Initiativen der Universitätsklinik, humanitäre medizinische Versorgung anzubieten.

Gleichzeitig rufen wir die Hochschulen zur Aussetzung der institutionellen Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen aus Russland auf: Wir müssen dem russischen Präsidenten auf allen Ebenen zeigen, dass seine Aggression Konsequenzen hat. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind aufgefordert, ihre (finanzielle) Förderung von Projekten mit der Russischen Föderation weitestgehend auszusetzen und kritisch zu überprüfen. Es sind einschneidende Maßnahmen, die unser Entsetzen über den Angriff auf die Ukraine unübersehbar für die russische Führung zum Ausdruck bringen und den Ruf nach Frieden und Freiheit unterstützen sollen. Dies bedeutet jedoch ausdrücklich nicht, dass wir die Beschäftigung mit der akademischen und kulturellen Vielfalt Russlands dauerhaft einschränken oder den Kontakt abbrechen wollen. Denjenigen im russischen Wissenschaftssystem, denen aufgrund Ihrer Positionierung gegen den Angriffskrieg aktuell Verfolgung droht, gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung. Zudem ist es gerade jetzt wichtig, die Kompetenzen der Ostmitteleuropa-Forschung auch gemeinsam mit unseren Akademien und ihren wissenschaftlichen Partnern u.a. in Polen, Tschechien und den baltischen Staaten zu stärken.

Dieser Krieg ist der Krieg des russischen Präsidenten. Gerade die Wissenschaft ist aufgerufen, Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Russland dafür nicht persönlich in Mithaftung zu nehmen. Anfeindungen und Drohungen gegen Menschen aus Russland haben an unseren Hochschulen keinen Platz.

Freiheit von Wissenschaft, Lehre und Forschung sind unverzichtbare Bestandteile von unabhängigen Demokratien. Wir stehen an der Seite jener, die für den Frieden und diese Werte eintreten.

In enger Abstimmung der Ebenen und Organisationen werden wir weitere Maßnahmen beraten und auflegen.

Die Schulseite der Kultusministerkonferenz erklärt:

Es ist Krieg, unzählige Kinder leiden unter den Folgen der Belagerungen und der Flucht verbunden mit der Trennung ihrer Familien. Die Kultusministerinnen und Kultusminister drücken den Menschen in der Ukraine angesichts des Leids, welches dieser Angriff zur Folge hat, ihre Solidarität aus und versichern ihnen Beistand und Unterstützung.

Dies gilt auch für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, insbesondere an Deutschen Schulen in der Ukraine und an Schulen, die über Schulpartnerschaften mit Deutschland eng verbunden sind – in Gedanken sind wir bei ihnen.

Es gilt nun, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, einen sicheren Aufenthalt zu gewährleisten, ihnen bei der Bewältigung der traumatischen Kriegserfahrungen seelischen Beistand zu leisten und ihr Recht auf Bildung und Betreuung zu verwirklichen.

Für alle Kinder und Jugendliche ist die Schule in diesen schwierigen Zeiten von besonderer Bedeutung, denn sie bietet verlässliche Strukturen, ein sicheres Umfeld und die Möglichkeit, sich in einem geschützten Raum mit Gleichaltrigen und mit den Lehrkräften als Vertrauenspersonen auszutauschen.

Die Kultusministerinnen und Kultusminister stellen sich der Verantwortung, geflüchtete Schülerinnen und Schüler unbürokratisch an den Schulen willkommen zu heißen und eine Beschulung sicherzustellen. Die Kultusministerkonferenz wird sich zudem dafür einsetzen, geflüchteten ukrainischen Lehrkräften – sofern sie dies wünschen und im Rahmen ihres Aufenthaltsstatus – eine Beschäftigungsmöglichkeit an Schulen zu verschaffen oder sie weiterzuqualifizieren.

Das aktuelle Kriegsgeschehen in der Ukraine ist in diesen Tagen allgegenwärtig und beschäftigt auch unsere Kinder und Jugendlichen. Die Tatsache, dass Krieg näher an unsere Lebensrealität heranrückt, führt zu vielfältigen Ängsten und Zukunftsunsicherheit. Deshalb ist auch eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik im Unterricht, die sowohl emotionale Aspekte betrifft als auch durch Fakten zur Versachlichung beiträgt, notwendig und bedeutsam. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule den für ihre Anliegen erforderlichen Raum erhalten und dabei in gewohnter Weise pädagogisch sowie psychosozial unterstützt und begleitet werden. Auch die Schulsozialarbeit, die schulpsychologischen Dienste und weitere multiprofessionelle Akteure leisten hierbei wertvolle Unterstützung.

Dabei ist aufgrund unterschiedlicher Migrationsgeschichten unter den Schülerinnen und Schülern eine besondere Sensibilität angebracht. Insbesondere Schülerinnen und Schüler mit russischen und ukrainischen Wurzeln befinden sich aktuell in einer emotionalen Ausnahmesituation. Hier gilt es, besonders aufmerksam zu sein, um möglichen Konflikten vorzubeugen und Stigmatisierungen zu vermeiden. Auch andere Kinder und Jugendliche mit

Kriegs- und Fluchterfahrung fühlen sich möglicherweise von der aktuellen politischen Situation und Nachrichtenlage besonders betroffen und sollten entsprechend pädagogisch feinfühlig und empathisch begleitet werden. Hierzu haben die Länder sich darauf verständigt, ihre Lehrkräfte hinsichtlich dieser Thematik besonders zu sensibilisieren, auf spezielle pädagogische und schul-psychologische Angebote, Beratungsstellen und Handreichungen hinzuweisen und vorhandene Unterrichtsmaterialien zum Krieg in der Ukraine untereinander auszutauschen, um sie den Lehrkräften bereitzustellen. Auch die pädagogischen Landesinstitute stehen hierzu im regen Austausch.

Um all diese Bemühungen zentral zu koordinieren, wird die Kultusministerkonferenz eine entsprechende Task Force einsetzen.

Darüber hinaus sind die Kultusministerinnen und Kultusminister den Lehrkräften dankbar, die da, wo erforderlich, Fehlinformationen entgegensteuern und sachlich über die politische Situation aufklären. Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen. Dabei sollen sie ermuntert werden, für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden einzutreten. In diesem Kontext unterstreicht die Kultusministerkonferenz die Bedeutung der Demokratiebildung und -erziehung als unverzichtbaren Bestandteil von Schule und Unterricht.

Daneben werden die Länder angesichts der gegenwärtigen Gesamtlage Kooperationen und Beziehungen mit Russland im Schulbereich bis auf Weiteres ruhen lassen. Davon ausgenommen werden zivilgesellschaftliche Projekte, die von Werten der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit getragen werden.